



# Falsche Impulse im Landesentwicklungsprogramm

**LINKE fragt nach: Soziale Gerechtigkeit, Umweltverträglichkeit und Ressourcenschonung**

Die LINKE-Fraktion hatte dem in der letzten Landtagssitzung von der Landesregierung vorgelegten Landesentwicklungsprogramm (LEP) ihre Zustimmung verweigert. „Eine nachhaltige Landesentwicklung müsste grundsätzlich stärker an den Maßstäben sozialer Gerechtigkeit, Umweltverträglichkeit und Ressourcenschonung ausgerichtet werden“, sagte Dr. Johanna Scheringer-Wright, Abgeordnete der Linksfraktion.

Auch sollte zum Beispiel die Bestimmung der Grundzentren besser in den regionalen Planungsregionen verbleiben, denn hier könne die interkommunale Zusammenarbeit wirksamer organisiert werden. Zudem sei der Ressourcenraubbau im Landesentwicklungsprogramm sehr kritikwürdig.

„Die fehlende Zielvorgabe für den Flächenverbrauch, die Konzentration auf Industrieansiedlungen in den vorgegebenen Entwicklungskorridoren entlang der Autobahnen und die fehlenden Möglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung der Tierhaltung zeigen, wie wenig Stellenwert die Landwirtschaft im Landesentwicklungsprogramm hat“, so die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion, die dies als enttäuschend für Thüringen, „das sich wirtschaftlich doch stark auf Land- und Ernährungswirtschaft stützt“, bezeichnet.

In der Landtagsdebatte hatte sie dazu erklärt: „Insbesondere wenn der Ti-

tel 'Thüringen im Wandel' heißt und dann zum Beispiel landwirtschaftliche Belange völlig untergehen, dann heißt das, dass den natürlichen Ressourcen nicht die notwendige Beachtung gegeben wird.

Selbst der Bauernverband, der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zweimal Stellung genommen hat, muss in einem Artikel, veröffentlicht in der Bauernzeitung vor einem Monat, feststellen, ich zitiere: 'LEP ohne Landwirtschaft'. Es wird dort ausgeführt, dass das LEP in breiten Entwicklungskorridoren uneingeschränkt bestes Agrarland für die Ansiedelung von Gewerbe und Industrie preisgibt. Das sehe ich genauso“, soweit die LINKE Agrarpolitikerin im Plenum.

### Bessere Weichenstellungen für die Energiewende notwendig

Die falschen Weichenstellungen werden auch für die Energiewende vorgenommen. Dazu ebenfalls ein Auszug aus der Landtagsrede der Abgeordneten: „Die Energieversorgungsstrukturen in Thüringen sind zukunftsfähig auszurichten, indem Energiebedarf und -gewinnung besser aufeinander abgestimmt werden. Immer noch ungenutzte regenerative Energiepotenziale für ein dezentrales Landesenergiesystem müssen erschlossen werden, um schrittweise unabhängig von Energieimporten zu werden. Darüber hinaus sind Energieeinsparmöglichkeiten stärker als bisher zu nutzen. Die

Bereitstellung von Energie ist Teil der Daseinsvorsorge und ist deshalb für jeden zugänglich und bezahlbar zu gestalten.“

Johanna Scheringer-Wright weiter: „Zur optimalen Ausschöpfung vorhandener Windpotenziale sollten Windenergieanlagen auch im Wald unter definierten Bedingungen, die eine kritische ökologische Abwägung beinhalten, gestartet werden. Weiterhin ist die Biomasse für die Energiegewinnung zwar benannt, aber es fehlt ein klares Bekenntnis, betriebliche Biogasanlagen als integralen Bestandteil einer betrieblichen Kreislaufwirtschaft mit der Verwertung von Wirtschaftsdüngern und Reststoffen rein gewerblichen Investormodellen, die hauptsächlich Mais oder andere extra dafür angebaut Pflanzen benutzen, vorzuziehen.“

Auch das im Rahmen des LEP vorgelegte Verkehrskonzept wird von der Linksfraktion kritisiert, denn hier liegt der Fokus zu stark auf dem klimaschädlichen Individualverkehr auf der Straße, zu wenig Beachtung findet der Ausbau des Schienennetzes mit der notwendigen Vernetzung mit anderen Mitteln des Öffentlichen Nahverkehrs.

Zu wenig Augenmerk wird auf Fahrradverkehr und Fußgänger gelegt. Dabei muss zum Beispiel auch das Radfahren als alltägliche Form der Mobilität stärker in Betracht gezogen werden. Die Linksfraktion fordert mehr straßenbegleitende Radwege und in geeigneten Lagen auch Radschnellwege. ■

## KOMMENTIERT:

von Tilo Kummer

### Anti-Atom-Proteste

Am 11. März hatte sich die Atomkatastrophe in Fukushima zum dritten Mal geäußert. Erst nach und nach wird das wahre Ausmaß der verheerenden Folgen sichtbar. Zunehmend gibt es Berichte über kontaminierte Gebiete, kranke und heimatlose Menschen und immer noch heiße Reaktoren, die jederzeit wieder außer Kontrolle geraten können.

Erst kürzlich hat die Vereinigung der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) vor der Vertuschung gesundheitlicher Folgen durch die japanische Regierung gewarnt.

In Deutschland sind unmittelbar nach dem GAU acht AKW abgeschaltet worden, neun Atomreaktoren sind aber weiter am Netz, längstens bis 2022. Ich kann an dieser Stelle nur die Forderung der LINKEN wiederholen, die Restlaufzeiten der verbliebenen Meiler massiv zu verkürzen, und verweise in diesem Zusammenhang auf Herrmann Scheer, einen der wichtigsten Wegbereiter für eine zukunftsfähige globale Energielandschaft, der leider 2010 verstorben ist. Er sagte: „Der beschleunigte Wechsel zu Erneuerbaren Energien ist die ökologische, wirtschaftliche und soziale Existenzfrage mit friedenspolitischer Dimension. Es darf keine Zeit mehr verspielt werden.“

Ein rascher Ausstieg aus der Kernkrafttechnologie muss gleichzeitig mit der Lösung der Endlagerfrage verbunden werden. Ich bin der Überzeugung, dass es unsäglich ist, dass es keine übergreifende Diskussion über standortunabhängige Kriterien für eine sichere Verwahrung gibt.

Die Aussagen beim jüngsten Besuch der neuen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks im Endlager Asse sind ein erneuter Beleg für das Fiasko, das durch die strahlenden Hinterlassenschaften droht. Es ist kaum vorstellbar, dass man nicht vor 2033 mit dem Rückholen von 126.000 kontaminierten Fässern aus den Schächten beginnen will.

Angesichts der 430 gegenwärtig auf der Erde aktiven Atomkraftwerke, deren radioaktive Abfälle auch irgendwo verwahrt werden müssen, muss das Problem ohne Zeitverzug sachlich und vor allem global angegangen werden.

Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE haben in Thüringen stattgefundenen Anti-Atomproteste anlässlich des Fukushima-Jahrestages unterstützt. ■

## AKTUELL

# Kali-Fusionsvertrag offenbar rechtswidrig

Nach mehr als 20 Jahren Geheimhaltung hatte die „Thüringer Allgemeine“ eine Kopie des Kali-Fusionsvertrags erhalten und Details daraus am 8. März veröffentlicht. Das 62-Seiten-Dokument und seine Anhänge haben die Eingliederung der Mitteldeutschen Kali AG in den westdeutschen Bergbaukonzern Kali und Salz geregelt – eine der umstrittensten Privatisierungen in der Geschichte der Treuhandanstalt.

In einer ersten Reaktion hatte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, gegenüber dem MDR gesagt: „Wenn es der richtige Vertrag sein sollte, dem alles zugrunde liegt, wird deutlich, dass hier vor mehr als zwei Jahr-

zehnten ein großer Schaden zu Lasten des Steuerzahlers organisiert worden ist.“ Noch heute zahlen Thüringen und der Bund jährlich Millionenbeträge, um etwa die Kosten zur Verwahrung des Altbergbaus zu finanzieren. Es müsse nun aufgearbeitet werden, was die Landesregierung zu welchem Zeitpunkt wusste – „vor 20 Jahren ebenso wie heute“, betonte der LINKE Landespolitiker.

Der Vorsitzende des Umweltausschusses im Landtag, der LINKE-Landtagsabgeordnete Tilo Kummer, sagte in einer Pressemitteilung, dass er die Altlastenfreistellung für rechtswidrig hält. „Eine Freistellung von der Altlastensanierung sogar noch für die ersten Jahre nach der Wende durfte nicht gewährt werden“, erklärte der Abgeordnete. Außerdem gebe es inzwischen Ge-

richtsurteile, die feststellen, dass eine solche Freistellung konkret an die Schaffung von Arbeitsplätzen gebunden werden musste. „Im Fall des Kali-Fusionsvertrages wurde dagegen die Abwicklung eines ganzen Industriezweigs in Thüringen geregelt“, so Tilo Kummer, der auch die Regelungen zur Wettbewerbsvermeidung für rechtswidrig hält, selbst wenn die EU damals zugestimmt haben sollte.

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag verlangt, dass das Material endlich vorgelegt wird. Sie werde u.a. im Umweltausschuss Antworten auf Fragen der letzten zwei Jahrzehnte einfordern. „Möglicherweise ergeben sich aus dem Vertrag Chancen, künftig Zahlungen für die Altlastensanierung einzustellen“, so der Umweltpolitiker abschließend. ■